Factsheet

Windkraft in der Region Churfranken
Spessart & Odenwald

Zur Verwendung:
Dieses Factsheet fasst die wichtigsten Argumente zusammen, die gegen den Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Region sprechen. Es soll als Vorlage für Widerspruchschreiben oder Leserbriefe dienen.

1. Planwirtschaft statt Marktwirtschaft: Das Windflächenbedarfsgesetz führt die Planwirtschaft bei uns ein – ein System, das weltweit gescheitert ist, weil es die Rahmenbedingungen ignoriert.

- Das Windflächenbedarfsgesetz teilt jedem Bundesland und damit jeder Region eine bestimmte Quote zu, die erfüllt werden muss, ohne Berücksichtigung der Eignung und der Wirtschaftlichkeit.
- Die kommunalen Spitzenverbände haben bereits Stellung bezogen gegen die Aushebelung der kommunalen Planungshoheit.
- Wissenschaftliche Studien und Stellungnahmen des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages sagen aus, dass die Nennleistung der Anlagen nur auf Standorten mit mittleren Windgeschwindigkeiten von mehr als 12m/s zu erreichen ist. Dieser Wert ist für die geplanten Vorrangflächen in unserer Region nahezu utopisch! Die Maximalwerte in 200m Höhe liegen hier um die 7,5m/s.
- Der politische Druck, der auf Bayern und unsere Region ausgeübt wird, ist unbegründet: Bayern kann mit anderen Energieerzeugungsformen punkten, z.B. der Wasserkraft. Zudem: über 70% der Bruttostromerzeugung stammte in Bayern im Jahr 2023 aus regenerativen Quellen.

- Wie bei allen planwirtschaftlichen Ansätzen werden auch hier nur Subventionsgräber geschaffen, die unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten langfristig nicht profitabel zu betreiben sind.

2. Unser Wald hat Besseres zu tun: Die Umsetzung der geplanten Vorrangflächen bedeutet einen dramatischen Bruch mit den Zielen des Naturschutzes

- 97% der geplanten Vorrangflächen liegen in Landschaftsschutzgebieten.
- 94% der geplanten Vorrangflächen liegen in Wäldern.
- Jede Windkraftanlage frisst bis zu 1 Hektar Wald!
- Insgesamt stehen 3800 Hektar zur Debatte. Das sind 2,5 Prozent unserer Region.
- Klima- und Biodiversitätsschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn es sind zwei Seiten der gleichen Medaille.
- Greenpeace fordert: „Die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen darf nur dann genehmigt werden, wenn es sich um junge und monokulturelle Nadelbaum-

Forste handelt und diese nicht mit heimischen Laubbaumarten unterbaut sind oder keine einsetzende natürliche Verjüngung zeigen."

- **Unser Wald hat Besseres zu tun!** (Link zur Präsentation J. Bradtka, 20.09.24: https://www.buendnis-woerther-wald.de/pdf/book/240920-Infoveranstaltung-Windpark-Woerth/

3. Gesundheit und Klima – Gefahr im Verzug! Wir sollen auf unsere Gesundheit achten – bei der Folgenabschätzung der Windkraft bleibt sie außer Acht!

- Der PFAS-Abrieb (per- und polyfluorierte Kohlenwasserstoffe) von den Rotorblättern birgt ein hohes Gefährdungspotenzial. Diese Chemikalien werden in der Natur kaum abgebaut und reichern sich in der Nahrungskette an. EU will diese Art Chemikalien verbieten.
- Fundamente: 25m im Durchmesser! 2000 Kubikmeter Beton pro Fundament = hoher CO2-Abdruck – was daran ist regenerativ?
- Infraschall und Schattenwurf

4. Regenerativ – auch nach der Nutzung? Der Abbau und das Recycling von Windkraftanlagen sind weitgehend ungeklärt.

- Das Recycling und dessen Finanzierung ist nicht geklärt. Jeder Besitzer muss sich selbst darum kümmern. Dabei ist dies ein kompliziertes Verfahren. Die Verwendung der hochkomplexen Fiberglasverbundstoffe ist noch völlig ungeklärt.
- Vor allem das verwendete Gas SF6 stellt ein Problem dar, falls es beim Rückbau entweicht. Es ist 22.800 Mal so klimawirksam wie CO2 und verbleibt 3000 Jahre in der Atmosphäre, bevor es vollständig abgebaut ist.
- Das teure Rückbau-Verfahren wird die Finanzkraft vieler Besitzer übersteigen. Wer kommt dann für den Rückbau auf?

5. Betriebs- und Volkswirtschaft geraten aus den Fugen. Viele „On Shore"-Anlagen können nicht wirtschaftlich betrieben werden, weil die Windausbeute, wie bei uns, zu schwach ist. Unverständlicherweise fördert der Gesetzgeber solche Standorte durch höhere Subventionsanreize. Die Rechnung zahlt der Steuerzahler.

- Die Windräder in unserer Region laufen vorwiegend im unproduktiven Bereich, die Nennleistung wird nur sehr selten erreicht. Das ändert sich auf unseren windschwachen Standorten auch nicht durch immer größere Höhen.
- Die Betriebswirtschaftlichkeit muss deshalb durch die Zahlung hoher Subventionen sichergestellt werden (siehe dazu auch Präsentation J. Bradtka, 20.09.24).
- Laut NZZ (Neue Zürcher Zeitung) weisen lediglich 15% aller Anlagen in Deutschland eine Auslastung von über 30% auf. Nur zwei davon befinden sich in Süddeutschland. In südlichen Regionen liegt die Auslastung bei 20%, oftmals deutlich darunter (https://www.nzz.ch/visuals/windkraft-in-deutschland-grosse-versprechen-kleine-ertraege-ld.1710681).
- Das Erneuerbare Energiegesetz (EEG) wird aus Steuermitteln finanziert. Jahr für Jahr fließen mehr als 20 Milliarden Euro an Subventionen in die Energiewende. Seit dem Jahr 2015 flossen rund 500 Milliarden (500 000.000.000) Euro in das System! Gleichzeitig be-

klagen wir unsere marode Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Straßen, Brücken, die bahn…)

- Eine Beispielsrechnung für eine Gemeinde mit 5000 Einwohnern: Wenn eine Gemeinde nun einen „Zufluss durch Pachteinnahmen in den gemeindlichen Haushalt“ von € 200.000.--p.a. rechnet, legen die Einwohner im gleichen Zeitraum rund € 1.000.000,00 drauf! Fazit: „Man nimmt dem Bürger 100€ und gibt ihm 20€ zurück und er freut sich!“

6. Volatile Stromerzeugung – das Grundproblem, das auch durch massiven Zubau nicht gelöst werden kann.

- Gerade die Dunkelflauten (die Zeiten, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint) im Winter zeigen es: ohne grundlastfähige Energiequellen kann ein moderner Industriestandort nicht betrieben werden.
- Die Abschaltung moderner Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke hat die deutsche Stromproduktion in eine starke Abhängigkeit von den europäischen Nachbarländern getrieben. Inzwischen installieren diese so genannte Phasenschieber, um ihre Netze gegen uns zu schützen!
- Um unser Stromnetz stabil zu halten, müssen wir
  - bei ungenügender inländischer Produktion Strom aus dem Ausland an der Strombörse kaufen. Das treibt die Preise in die Höhe, auch im Ausland. Unsere Nachbarn kritisieren Deutschland bereits dafür heftig (z.B. Schweden).
  - bei zu großer Eigenproduktion Strom zu „Negativpreisen“ in das Ausland verkaufen, um das Netz stabil zu halten. Das heißt, wir zahlen dafür, dass andere Länder unseren Strom abnehmen.
- Mit dem Zubau von Wind- und Solarkraftwerken haben sich die notwendigen Eingriffe zur Stabilisierung des Stromnetzes exponentiell vervielfacht. Lagen sie Anfang der 2000er Jahre noch bei unter hundert, belief die Anzahl im Jahr 2023 bereits auf etwa 20.000. Dementsprechend entwickelten sich auch die Kosten: von 42 Mio. Euro auf mehr als drei Milliarden Euro in 2023!
- Jeder weitere Zubau macht das System instabiler!

_____

Datum: 29.12.24